

Oberfrankens Bezirkstagspräsident Henry Schramm über die Herausforderung, bayernweit den niedrigsten Hebesatz zur Bezirksumlage beizubehalten

„Man trägt eine hohe Verantwortung“

Kulmbachs Oberbürgermeister Henry Schramm (CSU) ist seit 8. November 2018 neuer Bezirkstagspräsident von Oberfranken. Wir sprachen mit ihm über sein neues Amt, den Bezirkshaushalt, die Modernisierung der Bezirkskliniken und seine karge Freizeit.

BSZ Herr Schramm, seit knapp drei Monaten stehen Sie an der Spitze des Bezirks Oberfranken. Vor Kurzem haben Sie ihren ersten Haushalt einstimmig verabschiedet. Wie sind ihre ersten Eindrücke als Bezirkstagspräsident?

SCHRAMM Es war eine sehr intensive Zeit. Ich habe viel Neues kennengelernt und tue das auch jetzt noch. Obwohl ich schon zehn Jahre als Bezirksrat gearbeitet habe ist die Situation nun eine ganz andere. Man arbeitet sich viel intensiver in die Themen ein und trägt eine ganz andere Verantwortung. Es macht Spaß zu gestalten und zusammen Vorschläge zu erarbeiten. Ich hatte aber auch bereits viele Begegnungen mit unterschiedlichsten Menschen, die in unserem schönen Oberfranken leben. Klar freut man sich auch darüber, wenn der Haushalt einstimmig verabschiedet wird.

BSZ Fast eine Premiere in Oberfranken. Seit über 15 Jahren gab es keinen einstimmigen Beschluss zum Haushalt mehr.

SCHRAMM Das Abstimmungsergebnis zeigt, dass es gelungen ist einen Haushalt vorzulegen, den alle Mitglieder des Bezirkstags über die Parteigrenzen hinweg akzeptieren konnten. Im Bezirkstag wird sachorientiert für die Menschen in Oberfranken gearbeitet. Wir stehen vor großen Herausforderungen wie der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, der Zusammenlegung der ambulanten und stationären Hilfe zur Pflege und vor allem der Modernisierung unserer Kliniken, die wir nun gemeinsam meistern können.

BSZ Und die viel Geld kosten werden. Aktuell hat der Bezirk Oberfranken den niedrigsten Hebesatz

zur Bezirksumlage aller bayerischen Bezirke, die Ausgaben werden aber steigen. Wird der Hebesatz auch weiterhin so niedrig bleiben?

SCHRAMM Die Hoffnung stirbt zuletzt. Mit ist aber bewusst, dass die genannten Aufgaben Geld kosten werden. Im Moment läuft die Konjunktur gut. Wir haben sprudelnde Steuereinnahmen, unsere Umlagekraft in Oberfranken ist deutlich gestiegen. Dass dies nicht für immer so bleiben wird, muss jedem klar sein. Mir ist wichtig, dass wir ein verlässlicher Partner für die uns anvertrauten Menschen bleiben. Sie müssen auch weiterhin darauf vertrauen können, dass wir sie unterstützen. Wie werden sich die Sozialausgaben entwickeln? Welche Rolle spielt der demografische Wandel? Und wie werden sich die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen auswirken? Darauf haben wir Bezirke keinen Einfluss. Deshalb habe ich in meiner Haushaltsrede auch an den Freistaat Bayern appelliert, die Höhe der staatlichen Zuweisungen nach Artikel 15 Finanzausgleichsgesetz zukünftig an die steigenden Sozialausgaben zu koppeln. Die Hilfe für Menschen mit Behinderung und pflegebedürftige Menschen ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Kostensteigerungen allein auf die Kommunen abzuwälzen bringt die kommunale Familie in Zeiten schlechterer Konjunktur zwangsläufig an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit.

BSZ Worin sehen Sie die Hauptaufgabe in den kommenden Monaten und Jahren?

SCHRAMM Wir sind als Bezirke in erster Linie für diejenigen zuständig, mit denen es das Leben nicht so gut gemeint hat. Mit den



Henry Schramm freut sich, in einer Position zu arbeiten, in der er Menschen ganz konkret helfen kann.

FOTO BEZIRK OBERFRANKEN

Schwächeren und Schwächsten in unserer Gesellschaft: Menschen mit Behinderung und pflegebedürftige Menschen, Kinder und Jugendliche mit Handicap. Wir haben eine Verantwortung gegenüber diesen Menschen. Dieser gesetzlich definierten Aufgabe kommen wir, komme auch ich ganz persönlich, gerne und mit viel Herzblut nach. Zudem sorgen wir mit anderen Partnern auf vielfältige Weise dafür, dass unsere oberfränkische Heimat lebens- und lebenswert bleibt. Hier gilt es

unsere Internationale Musikbegegnungsstätte Haus Marteau fertigzustellen und die tollen kulturellen Einrichtungen Oberfrankens im Rahmen unserer Möglichkeiten zu fördern. Fordern wird uns sicherlich die Herkulesaufgabe, unsere Kliniken, Heime und Schulen weiter fit für die Zukunft zu machen. Dieses Thema wird uns sicherlich noch länger beschäftigen.

BSZ Ein bunter Strauß an Aufgaben, der da zusätzlich auf Sie zu-

gekommen ist. Haben Sie denn noch Freizeit?

SCHRAMM (lacht) Für einen Kommunalpolitiker ist Freizeit ein knappes Gut. Ich freue mich, dass ich in einer Position arbeite, in der ich Menschen ganz konkret helfen kann. Letztendlich ist das der Antrieb meines ganzen politischen Lebens: Situationen für Menschen zu verbessern. Dies werde ich mit meiner ganzen Kraft im Bezirk und in gleicher Art und Weise auch als Oberbürgermeister für die Stadt

Kulmbach tun. Es ist wohl vergleichbar mit einem Vater, der ein zweites Kind bekommen hat und der natürlich für beide da ist und vor allem keines von beiden vernachlässigen wird. Da bleibt nicht allzu viel Freizeit. Aber die, die ich habe, verbringe ich mit meiner Frau, meinen drei Kindern und meinen Freunden. Da bekommt man dann auch wieder neue Kraft und Energie für die vielfältigen Aufgaben.

Interview: CHRISTIAN PORSCHE

Kongress in Irsee

Kooperation in Notlagen

Das neue bayerische Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz legt den sieben bayerischen Bezirken auf, dass sie Erstanlaufstellen für Menschen in psychischen Krisensituationen schaffen müssen. Doch wie soll das konkret aussehen? Darüber wurde beim „Gesundheitspolitischen Kongress“ der dritten kommunalen Ebene im Kloster Irsee jetzt diskutiert.

Es ist eine selbstaufgelegte Pflicht: Im Zuge der Diskussion über das neue Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) im letzten Jahr hatten die Bezirke gefordert, dass neue niedrigschwellige Hilfsangebote für psychisch Kranke – und nicht die Speicherung ihrer persönlichen Daten – im Mittelpunkt stehen sollen.

Krisendienste flächendeckend schaffen

Und so kam es: Der schließlich geänderte Gesetzesentwurf, der seit Juli 2018 als Bayerisches PsychKHG in Kraft ist, verpflichtet die Bezirke, innerhalb von drei Jahren flächendeckend Krisendienste für Menschen mit psychischen Problemen zu schaffen. „Nun wollen wir uns rückversichern und mit unseren Partnern erörtern, welche Fallstricke sie bei der Umsetzung sehen, und worauf wir gemeinsam achten müssen“, erklärte Celia Wenk-Wolff, stellvertretendes Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Bezirkstags, in Irsee.

Die Partner, das sind die Kliniken, die Psychiatrischen Institutsambulanz (PIAs) und Sozialpsychiatrischen Dienste (SpDis), deren Vertreter ebenso an der

Konferenz teilnahmen wie Politiker des Landtags, Polizisten, Angehörige und Betroffene.

Stefanie Krüger, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Bezirkstags, erklärte das Konzept: „Der neue Krisendienst besteht aus zwei Bausteinen, die nicht in der Regelversor-



Wer eine psychische Krise hat, braucht schnell Hilfe.

FOTO DPA / KLAUS ROSE

gung bereitgestellt sind: aus einer Leitstelle und einem mobilen Dienst.“

Als Einstieg eröffneten zwei Vorträge einen panoramatischen Blick auf Krisendienste – zunächst weltweit, dann deutschlandweit. So zeigte Professor Dr. med. Thomas Becker, Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie II der Univer-

sität Ulm, unter anderem, wie sich mobile Krisendienste in Großbritannien und der Schweiz bewährt haben: „Wenn die Mitarbeiter die Betroffenen zuhause besuchen, führt das erwiesenermaßen zu einer höheren Zufriedenheit. Die Betroffenen werden seltener rückfällig und kommen seltener wegen akuter psychischer Erkrankungen ins Krankenhaus.“

Krankenkassen stärker in Finanzierung einbinden

Doch auch in Deutschland sei die psychiatrische Notfall-Versorgung schon sehr fortschrittlich – speziell in Bayern, wie Jörg Holke, ehemaliger Leiter des Referats Psychiatrie im Gesundheitsministerium NRW, darstellte: „In Bayern ist es nun so, dass die Bezirke selbst Krisendienste errichten“, und er fügte hinzu: „Die unterschiedliche Sichtweise zur kommunalen Verantwortung hängt natürlich stark von der Finanzlage der Kommunen ab.“ In Bayern ist es um beides gut bestellt: Da die Errichtung der Krisendienste für die bayerischen Bezirke eine neue Aufgabe ist, trägt der Freistaat die Kosten – aber nur für die telefonische Beratung, wie sie derzeit in der Münchener Leitstelle durchgeführt wird.

Die Kongressteilnehmer waren sich in Irsee jedoch einig in dem Wunsch, dass die Krankenkassen stärker in die Finanzierung eingebunden werden sollen. Das ist schwierig, wie Holke erklärte: „Für die Krankenkassen müssen die Geldflüsse nachvollziehbar sein. Und das sind sie bei einer Mischfinanzierung nicht.“

Tatsächlich zahlen die Krankenkassen nur, wenn es einen ärztlichen Erstkontakt zum Patienten gibt. Doch ist der zwingend nötig? In seinem, aus zahllosen wissenschaftlichen Studien gespeisten Vortrag, erläuterte Professor Becker: „Psychiatrische Soforthilfdienste haben keinen sofortigen Effekt auf den Gesundheitszustand, aber sie schaffen eine gezielte Zuführung zu Hilfdiensten.“

Was das betrifft, können beispielsweise auch Sozialpädagogen gute Arbeit leisten. In Mittelfranken ist dies schon Gang und Gäbe. Hier gibt es eine Leitstelle, in der die Betroffenen anrufen oder vorbeikommen können. Außerdem gibt es Mitarbeiter in den Landkreisen, die im Zweierteam, wenn nötig, innerhalb einer Stunde zu den Hilfesuchenden fahren.

Und noch etwas funktioniert in Mittelfranken so vorbildlich, dass Dr. Michael Welschhold es in seinem Krisendienst München ebenfalls fördern will: Die Zusammenarbeit mit der Polizei! Ralf Bohnert, Leiter des Krisendienstes Mittelfranken, berichtete in dem Kontext zum Beispiel von „Tatortbegehungen“, die die Nürnberger Polizei vorzugsweise mit sozialpädagogischer Unterstützung durchführt.

Vom neuen PsychKHG erhofft Bohnert sich nun, dass sein Krisendienst auch bezüglich der Öffnungszeiten mit der Polizei gleichgestellt wird. „Wir möchten die „Nacht-Lücke“ schließen. Denn wenn psychische Krisen und Straftaten eines gemeinsam haben, dann das: Sie halten sich nicht an die Uhrzeit.“

> MELANIE SCHRAPS

Neue Patienten-Info im König-Ludwig-Haus

Videoclips schaffen mehr Transparenz

Die Digitalisierung wird immer wichtiger. Die Orthopädische Klinik König-Ludwig-Haus in Würzburg informiert daher ab sofort per Videoclip auf YouTube über alles, was mit Orthopädie zu tun hat. Die Idee zu dieser zeitgemäßen Info-Strategie hatten Professor Maximilian Rudert, der Ärztliche Direktor der renommierten Klinik, und Krankenhausdirektor Karsten Eck. Begeistert von der Idee, fortan regelmäßig im weltweiten Netz über die verschiedensten Bereiche der Orthopädie aufzuklären, war auch Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel, der unlängst vor Ort die neue Technologie in Augenschein nahm.

Ganz bequem von zuhause oder auch mittels eines Smartphones könne man nun über den YouTube-Kanal des König-Ludwig-Hauses Informationen zu häufig gestellten Fragen zur Orthopädie abrufen, freute sich der Bezirkstagspräsident. Soll es nun bei den bisher eingestellten Videos bleiben, oder

kommen noch neue hinzu? „Unsere Idee ist, diesen Kanal interaktiv zu nutzen“, erläuterte Rudert. „Patienten oder Interessierte können ganz einfach mit uns in Kontakt treten. Entweder sie schicken uns ein E-Mail oder geben ihre Fragen und Anregungen direkt mittels Kommentarfunktion auf der Seite ein“ so Rudert weiter. „Wird eine Frage häufiger gestellt, werden wir wieder ein Video zu diesem Thema drehen und hochladen.“

Ziel dieses YouTube-Kanals ist, komplexe Themen möglichst einfach und auch für Laien verständlich darzustellen. Viele Fragen könnten so beantwortet und Ängste der Patienten genommen werden, erwartet die Klinikleitung. Außerdem entstehe auf diese Weise eine Art von Vertrauensverhältnis, wenn die Patienten ihren Arzt aus den Filmen schon zu kennen glauben. Das baue eventuelle Schwellenängste ab, zeigte sich Rudert überzeugt.

> FLORIAN HILLER



Videoclips auf YouTube schaffen einen neuen Weg der Patienteninformation (von links): Krankenhausdirektor Karsten Eck, Ärztlicher Direktor Prof. Dr. Maximilian Rudert, Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel, Tobias Grimm und Stefan Schmitt von der goldenen Kuh.

FOTO HILLER